

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

**Bezirk
Nordrhein-Westfalen**

**Achim Vanselow, DGB NRW
Anmerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht**

Industriepolitische Leitlinien NRW

**2. Regionalkonferenz
des Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk NRW**

am 08. September 2016 in Soest

Sehr geehrter Herr Minister,

SG. Herr Kerkhoff,

vielen Dank für die Gelegenheit, aus gewerkschaftlicher Sicht zu den Industriepolitischen Leitlinien NRW (IP-LL) des Wirtschaftsministers Stellung zu nehmen.

Die Gewerkschaften begrüßen nachdrücklich die Initiative des Ministers, die Industrie in NRW zukunftsfest zu machen. Warum?

▪ **Stahlaktionstag in Duisburg:**

31.08.2016: 7.000 Stahlkocher folgten dem Aufruf der IG Metall und demonstrierten anlässlich der Aufsichtsratssitzung bei TK Steel für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie fürchten, dass 3.000-4.000 Arbeitsplätze von Stellenstreichungen betroffen sein könnten.

▪ **Rheinisches Revier:**

Ebenfalls im August startete die IG BCE im Bezirk Alsdorf die Aktion „Schnauze voll“, weil es zuletzt nahezu täglich zu gewaltsamen Vorfällen durch radikale Ökoaktivisten gekommen ist. Viele Kollegen aus dem Tagebau und aus den Kraftwerken fühlen sich aber auch von der Politik im Stich gelassen. Die Beschäftigten haben das Gefühl, dass sie die Zeche für die Energiewende zahlen müssen.

Es geht mir an dieser Stelle gar nicht um eine Bewertung von Unternehmensstrategien oder Politikkonzepten, sondern darum daran zu erinnern, dass von politischen Entscheidungen und von Unternehmensstrategien immer auch Menschen betroffen sind. Das kommt mir in der aktuellen Debatte um BIP und Nullwachstum manchmal zu kurz.

Als Organisation der Arbeit schauen wir aus diesem besonderen Blickwinkel auf die vorgelegten ILL. Die Industrie in NRW ist nicht nur ein prägender Wirtschaftsfaktor, der wirtschaftlichen Erfolg organisiert – übrigens längst weit über die engen sektoralen Grenzen hin-

aus, die die Wirtschaftsstatistik dem Verarbeitenden Gewerbe setzt. Sie ist auch über Jahrzehnte eine gewaltige Integrationsmaschine gewesen, die Menschen in die Arbeitsgesellschaft eingeführt hat, die ihnen Ausbildung, gute Einkommen und Aufstiegsmöglichkeiten geboten hat. Übrigens auch Menschen, die aus der Schule kein glänzendes Abschluss-Zeugnis mitgebracht haben und deren Wiege nicht im Lande Goethes stand. Auch das hat über lange Jahre zur Akzeptanz der Industrie beigetragen.

Wir müssen darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, dass das Motiv, die heimische Industrie zu stärken, zu sichern und möglichst auch auszubauen, heute keineswegs mehr selbsterklärend ist und automatisch Zustimmung erntet. In diesem Saal sind wir uns sicher schnell einig, aber schon fünfzig Schritte vor den Toren der Soester Stadthalle würde ich meine Hand nicht mehr dafür ins Feuer legen.

Schon an dieser Stelle müssen wir den Zusammenhang herstellen zwischen IP-LL und den großen gesellschaftlichen Herausforderungen: Digitalisierung, Klimawandel, Alterung der Gesellschaft, Globalisierung, Arbeit der Zukunft. Wie wirken sich diese Entwicklungen auf die industrielle Entwicklung in NRW aus? Und wie muss sich Industrie entwickeln, um Lösungen anzubieten, die Probleme lösen und wirtschaftlich erfolgreich sind?

Das bedeutet: eine industriepolitische Strategie muss auch die Frage beantworten: Welche Industrie wollen wir? Wie sieht gute, nachhaltige Industriepolitik aus? Und nicht zuletzt: Welche Strategie, welche Maßnahme erzielt auch tatsächlich die beabsichtigte ***Wirkung?***

Die Diskussion dieser Fragen füllt Bücher und seit einigen Jahren wird sie in Konferenzsälen landauf, landab geführt – übrigens auch in Bayern und Baden-Württemberg. Ich konzentriere mich im Folgenden auf einige übergreifende Aspekte der IP-LL aus gewerkschaftlicher Sicht.

1. Gute Industriepolitik ist mehr als BIP-Steigerung im Produzierenden Gewerbe

Wir diskutieren heute nicht mehr über das „ob“ von Industriepolitik, sondern über das „wie“. Das ist ein Fortschritt. Aus gewerkschaftlicher Sicht kann es dabei nur um ein „High Road-Konzept“ gehen, also nicht um „Billiger“-Strategien, den Abbau und die Verlagerung von Arbeitsplätzen oder einen neuen Aufguss der Idee von Sonderwirtschaftszonen, etwa im Ruhrgebiet. In ihrem Memorandum „NRW 2020“ haben die Gewerkschaften in knapper Form skizziert, wie eine Wirtschaftspolitik aussehen kann, die auf einen hohen Beschäftigungsstand und die Schaffung Guter Arbeit zielt. Übertragen auf die Industriepolitik sieht die Vision so aus:

Wir wollen eine Industrie in NRW, die wettbewerbsfähig, flexibel (für AG und AN), energie- und ressourceneffizient ist und die in der digitalen Welt angekommen ist. NRW bleibt Industrieland mit einem bedeutenden Anteil guter industrieller Arbeit.

Die IP-LL bieten für einen solchen Ansatz eine gute Basis. Die Schwerpunkte sind grundsätzlich gut gewählt (Digitalisierung, Innovation, Infrastruktur etc.). Ein Zielsystem für „gute Industriepolitik“ müsste aber noch um **weitere Zieldimensionen** ergänzt werden wie z.B. soziale und wirtschaftliche Kohäsion (AM-Lage, Beschäftigung) und soziales Kapital (Ziel- und Wertvorstellungen der Akteure, Netzwerke, Tarifbindung, betr. Interessenvertretung).

2. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Die IP-LL enthalten bislang noch keine Hinweise darauf, wie ein **Monitoring** der vorgeschlagenen Maßnahmen aussehen soll. Hier regen wir an, dass zumindest in einer schlanken Form messbare, überprüfbare Ziele aufgenommen werden sollen. Zum einen erleichtert dies die Erfolgskontrolle, zum anderen soll es auch bei der Feinsteuerung während des Prozesses helfen.

3. Handlungsebene Region, neue Akteure

Die IP-LL benennen als Handlungsebene überwiegend das Land.

Nun zeichnet sich NRW gerade durch seine regionale Vielfalt aus. Auch die industrielle Entwicklung verläuft regional durchaus unterschiedlich. Es zeigt sich immer wieder, dass hinter beeindruckenden scheinbar technologiegetriebenen Vorzeige-Projekten wie „it's OWL“ langjährige Kooperations- und Vertrauensbeziehungen von regionalen Akteuren stehen, die so nicht einfach auf andere Regionen übertragen werden können. Auch von Süd-Westfalen ist bekannt, dass es auf eine ganz besondere Weise „tickt“. Eine Förderpolitik, die diesen „sozialen Urschleim“ ignoriert, läuft Gefahr, in die **Technologie-Falle** zu laufen. Im Handlungsfeld „Innovation“ ist dieser **Vernetzungsgedanke** angelegt, er kann aber sicher noch stärker gefasst werden.

Der Kreis der Akteure bleibt zudem im Wesentlichen auf die klassischen Spieler der Wirtschaftspolitik und oft auch auf die Angebotsseite beschränkt. Hier wäre die Frage, ob nicht **neue Akteure** hinzugezogen werden sollten, wenn es zutrifft, dass **soziale, nachfrage-triebene Innovationen** künftig wichtiger werden.

4. Bodenhaftung statt Technikeuphorie

„Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert“. – An diesem Satz ist eigentlich alles falsch. Er erinnert in seiner apodiktischen Haltung an Automatisierungsphantasien der 1980er Jahre („die menschenleere Fabrik“).

Gerade für Mittelständler kann dieser Satz sogar gefährlich werden, wenn zu schnell, zu viel und falsch investiert wird. Nicht nur bei vielen Betriebsräten, auch bei vielen Unternehmern herrscht oft noch eine große Unsicherheit, wo eigentlich das Geschäftsmodell in der digitalen Zukunft liegt.

Dieser Tage war im Handelsblatt ein bemerkenswertes Zitat von Bookeun Yoon, CEO bei Samsung Electronics zu lesen:

„Es wird viel über das Internet der Dinge gesprochen, aber im Vergleich dazu ist tatsächlich noch nicht so viel passiert. Das liegt daran, dass wir es bisher nicht geschafft haben, den Kunden den Nutzen dieser Technologie nahezubringen“.

So dürfte es auch noch vielen Mittelständlern gehen, wenn es um die Digitalisierung der Produktion geht. Wo ist der Nutzen?

Forschungseinrichtungen wie das Fraunhofer Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) und das FH für System und Innovationsforschung (ISI) weisen inzwischen auf die **unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessenlagen von Großunternehmen und KMU** hin. Es muss nicht immer das 4.0-Vollkonzept sein, für manche KMU können auch Teillösungen völlig ausreichen. Intensivere Kontakte zwischen KMU und Wissenschaftlern sind gut, doch sind die Hemmschwellen oft noch sehr hoch. Hier enthalten die LL gute Vorschläge zur **Verbesserung des Wissenstransfers**.

Klar scheint zu sein: es gibt keine Patentlösung. Jedes Unternehmen muss seine eigene Lösung finden. Daraus resultiert hoher Beratungsbedarf. Wir unterstützen die Empfehlungen in den IP-LL, die auf eine entsprechende Unterstützung von KMU zielen. Wir schlagen allerdings vor, dass eine **frühzeitige Beteiligung von Beschäftigten und Interessenvertretungen** angeregt wird.

5. Industriepolitik braucht Beteiligung

Die IP-LL heben im Handlungsfeld „Fachkräfte“ zurecht die Mitbestimmung als Erfolgsgeschichte deutscher Industriepolitik hervor. In den Maßnahmen taucht die Mitbestimmung allerdings nicht mehr auf.

Gerade angesichts der vielfältigen, richtig geschilderten Herausforderungen müssen die Arbeitspolitik und die Qualität der Arbeit stärker berücksichtigt werden (Arbeitnehmerdatenschutz, psychische Belastungen, alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung u.v.m.). Dazu brauchen wir eine **gestärkte Mitbestimmung**. Wer den Ausbau von Mitbestimmung in Deutschland will, der muss ihre gesetzlichen Grundlagen und ihre gelebte Praxis zukunftsfest weiterentwickeln.

Hier würden wir uns wünschen, dass uns die Landesregierung NRW hilft, den mitbestimmungspolitischen Stillstand in den nächsten Jahren zu überwinden. Für die IP-LL regen wir deshalb ein ***eigenes Kapitel*** zur Mitbestimmung an.

Schluss

Es wird darauf ankommen, wie die IP-LL in die Gesamtstrategie der Landesregierung eingebettet ist. Ihre Wirkung wird vermindert, wenn gleichzeitig gegenläufige Politikansätze unterwegs sind. Notwendig ist deshalb eine ***Vernetzung mit anderen relevanten Politikfeldern*** wie der Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik und anderen, orientiert an den Zielen der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Als isolierte Ressortaufgabe der Wirtschaftspolitik wird Industriepolitik kaum die notwendige Durchschlagskraft entwickeln.

Die Gewerkschaften verstehen Industriepolitik als Gemeinschaftsaufgabe, die nicht nur an die Landespolitik adressiert werden kann. . In diesem Geist verstehen sie auch die IP-LL. Der begonnene ***industriepolitische Dialog*** wird auch nach einer Beschlussfassung zu den IP-LL weiter notwendig sein, denn wir alle bewegen uns derzeit häufig in unbekanntem Gelände.

Die Gewerkschaften sind bereit, ihren Teil zum Erfolg einer nachhaltigen Industriepolitik in NRW beizutragen.

Vielen Dank!